

Das Rundfunkproblem.

Die Reorganisation des Rundfunks — Der deutsche Rundfunk — Entpolitisierung — Gerüchte und Gegenwirkungen — Die Aufgaben des Rundfunkkommissars.

Seitdem die Regierung sich des Rundfunks bemächtigt hat und den Ministerialdirektor Dr. Scholz zum Rundfunkkommissar ernannt hat, geht der Streit um den Rundfunk. Man erlebt eine seltsame Wenderung des Programms, von Tag zu Tag werden neue Dinge eingeführt. Und der Streit geht darum, ob die Methoden besser oder schlechter sind. Will man 'ie Stimmen abwägen, so sprechen sich mehr gegen die neuen Methoden aus, wollen mehr nicht gelten lassen, daß der Rundfunk jetzt eine Verjüngung und Verbesserung erlebt. Gines aber merkt man, der neue Mann, der Beauftragte der Regierung, legt mit eisernen Felsen, um, wie er sagt, Kräfte im Rundfunk zu vereinigen, die die Einrichtung eines deutschen Rundfunks gewährleisten.

Was ist Deutscher Rundfunk? wurde Herr Dr. Scholz heute von der Presse gefragt. Und er gab die Antwort, darüber werde er im Laufe der nächsten Woche eingehend sprechen. In der nächsten Woche sollen nämlich die Arbeiten zur Umgestaltung des Rundfunks abgeschlossen werden. Eine weitreichende Umorganisation ist in der Durchführung. Und Ausgang dieser Umorganisation sind die Richtlinien, die Dr. Scholz bei der Uebernahme seines Amtes bekannt gab.

Immerhin gibt es bereits eine Reihe von Einzelheiten, die sich perfekt vorstellen lassen, die zwar zu der Neuordnung gehört, aber jetzt schon sichtbar geworden ist. Einmal die Rundfunkkommissare, die von den Ländern bestimmt und vom Reich nur begutachtet werden. Diese Rundfunkkommissare sind durchweg Beamte. Die Länder haben keinen Wert darauf gelegt, Persönlichkeiten als Kommissare zu benennen, die fachliche Eignung für den Rundfunk besitzen. Sie meinten und sie meinen, ein guter Beamter könne auch den Rundfunk meistern. Im Reichsministerium des Innern hatte Herr Ministerialdirektor Dr. Scholz das Reichsrundfunkreferat inne. Dieses Amt soll beibehalten werden. Vorläufig weist sich der Reichsrundfunkreferent Dr. Scholz als Rundfunkkommissar selbst an, was er zu tun hat. Aber es gibt ja oft Doppelstellungen, Stellungen, die nach der üblichen Form in Verträgen so aufzufassen sind, daß Herr Dr. Scholz die Stelle selbst machen kann. Aber es verdient doch, in diesem Zusammenhang, eine lebhaftige Frage erörtert zu werden, die sich um Herrn Dr. Scholz dreht. Die Frage, ob er persönlich, obwohl Nationalsozialist, die Reden Ditters im Rundfunk verhindern hat. Herr Dr. Scholz erklärt, er persönlich habe im Gegenteil für Dittler sich verwendet, aber er sei Beamter und habe ein Amt und keine Meinung. Er habe die Meinung des Ministers zu vertreten gehabt. Er verteidigte sich gegen die Angriffe, die besonders in einem Prosech vor dem Arbeitsgericht gegen den Rundfunk aufkamen. Er sei selbstverständlich trotz Rechtsstellung immer von links gerichteten Ministern befohlen worden, ohne etwas dazu zu tun.

Ueber dieses Persönliche hinaus könnte man die lange Reihe der Personen aufzählen lassen, die sich angeht beim Rundfunk bewährt haben, aber abgeschlossen sind. Dr. Scholz sagt, weil sie nicht die Gewähr dafür bieten, daß sie die neue Tendenz im Rundfunk durchzuführen können. Und wenn Anstoss an Herrn Bronnen genommen werde, der Diktator sei, obwohl Dr. Krüger als Nichtdeutscher entlassen wurde, so sei zu beachten, daß Bronnen immer Stellvertreter Krügers gewesen ist und jetzt demnach auch nur provisorisch tätig sei. Ueber seine Beschäftigung und seine Aufgaben sei noch nicht entschieden. Wie gelangt, sollen die Arbeiten in der nächsten Woche abgeschlossen werden. Als Hauptziel aller gelte, den Rundfunk deutlich zu machen. Dr. Scholz plant ferner eine Entpolitisierung des Rundfunks. Politisch soll im Rundfunk nicht getrieben werden. Nur der Regierung werde die „Regierungsstimme“ vorbehalten. Der Rundfunk soll also unverändert, Instrument der Regierung sein.

Die er künstlerisch und unterhaltend wirken soll, läßt sich noch nicht sagen. Jedenfalls kann man den Gerüchten, die etwas reichlich umlaufen, nicht immer glauben. So hieß es auch, es sei geplant, die Deutsche Welle umzuschalten, daß, durch den Reichsfender nur noch die wertvollen Darbietungen anderer Sender zu übertragen und von eigenen Sendungen abzusehen. Dr. Scholz versichert, man habe an solche Wenderung nicht gedacht. Aus all den Gründen ist es jedenfalls übertrieben, jetzt schon das endgültige Urteil über den Rundfunk abzugeben. Und es ist nur richtig, wenn immer wieder gewarnt wird, den Rundfunk aus Verärgerung abzuschalten.

Der Arbeiterradioabend und das Kulturfest der SPD, wollen einen anderen Weg gehen. Sie sammeln Unterschriften und Verpflichtungserklärungen zum Rücktritt vom Rundfunk, wenn es gefordert wird. Diese Namenssammlung soll der Rundfunkdirektion zum Beweise dessen eingereicht werden, daß man mit den Wenderungen nicht einverstanden ist. Und man will durch den Druck der Abbestellung von Hunderttausend Radioanschlüssen die Direktion veranlassen, auch dem Willen der breiten Masse Rechnung zu tragen. Selbstverständlich wäre es ein enormer Verlust für den Rundfunk, wenn all die, mit denen gerechnet wird, sich vom Rundfunk aus Protest abwenden wollten. Und es ist anzunehmen, daß bei der Reorganisation die Wünsche der breiten Rundfunkhörererschaft schon berücksichtigt werden. Der Rundfunk soll ja nicht einer Partei dienen, sondern allen Wünschen gerecht werden. Er soll eben deutsch sein.

Der Bauernkrieg in der Westukraine.

„Passifizierte Bauern empören sich.“

Warschau. Im nördlichen Teile der Westukraine in Wolhynien und Podlissie — tosielen sich seit einem Monat blutige Ereignisse ab. Die polnische Regierung führt durch polizeiliche Abschneidung und strenge Pressensensur diese Ereignisse zu verheimlichen.

Indessen ist in Lemberg bereits bekannt geworden, daß in Wolhynien, in den Bezirken Bud und Kowel, sowie in Podlissie, im Bezirk Sarny, ein großer Bauernaufstand ausgebrochen ist. Dieser Aufstand ist verursacht worden durch ungebührliche Steuerlasten, Hunger und durch die polnische Kolonisationspolitik, die gerade in diesem Teile der Westukraine von der polnischen Regierung sehr intensiv durchgeführt wird. Der unmittelbare Anlaß zum Ausbruch des Aufstandes war aber der, daß die polnische Polizei einige ukrainische Dörfer, welche die Steuerabgabe verweigerten, in Brand legte. Die auf solche barbarische Weise „passifizierte“ Bauern schlossen sich zu bewaffneten Abteilungen zusammen und traten gegen die Polizei aktiv auf. Daraufhin setzten die polnischen Behörden mehrere Grenzschutzabteilungen gegen die Aufständischen ein. Die Aufständischen besetzten die alten deutschen besetzten Stellungen aus dem Weltkrieg auf der Linie Powursk—Obr—Wersch—Antonowka—Tomalskford und leisteten den polnischen bewaffneten Abteilungen erbitterten Widerstand.

Das dieser Widerstand erfolgreich ist, erleuchtet aus der Tatsache, daß die polnische Wehrmacht bei der zentralen Regierung in Warschau um Entsendung weiterer Militärabteilungen vorstellte wurde. Am 18. August rückten auch aus Cholm, Lublin und Bresch—Litovsk starke Militärabteilungen aller Waffengattungen nach Podlissie und Wolhynien vor. Aus den von der polnischen Zensur be-

Das schwere Eisenbahnunglück in Nordafrika.

Paris. Das schwere Eisenbahnunglück bei Tlemcen in Algerien hat, wie die letzten hier eingetroffenen Nachrichten bestätigen, doch über 100 Soldaten der Fremdenlegion das Leben gekostet. Die Aufräumungsarbeiten die wegen der unwirtlichen Gegend und der recht schwierigen Beschaffung des Hilfsmaterials nur sehr langsam vorwärts schreiten, sind noch in vollem Gange. Man rechnet damit, daß eine genaue Uebersicht über das furchtbare Unglück erst im Laufe des heutigen Tages möglich ist. Der verunglückte Zug, der sich aus 31 Waggons zusammensetzte, hatte die Garnison des ersten Regiments der Fremdenlegion bei Ubas am Mittwoch morgen verlassen, um Fremdenlegionäre zur Ablösung eines Regiments nach Uba zu befördern. Gegen 8 Uhr nachm. gelang der Zug nur noch einige Kilometer von Tlemcen entfernt. Der Schienenstrang führt in dieser Gegend auf einer mehrere 100 Meter hohen Strecke an einem 100 Meter tiefen Abgrund vorbei. Ein Eingeborener, der als einziger Augenzeuge dem furchtbaren Unglück beiwohnte, sah plötzlich, wie die Lokomotive sich auf die Seite legte und in den Abgrund hinabstürzte und sämtliche 31 Waggons nach sich zog. Unter donnerartigem Getöse rollten die Waggons in die Tiefe, wo sie wenige Sekunden später nur noch einen einzigen Trümmerhaufen bildeten, aus dem das Röheln und Stöhnen der Verletzten drang. Bis in die späten Nachstunden des Mittwoch war es nur gelungen, eine verhältnismäßig geringe Zahl der Toten und Verletzten zu bergen.

Schlagnahmten Meldungen der Lemberger ukrainischen Presse geht hervor, daß das vorrückende polnische Militär alle auf ihrem Marschwege liegenden und der Sympathie mit den ausländischen verdächtigen Dörfer in Brand setzte, und zahlreiche Hinrichtungen von Bauern durchführte. Der beschlagene Meldung des Lemberger ukrainischen Tagesblattes „Kowaj Tschas“ zufolge wird sogar die Ernte auf dem Felde von diesen Strafaktionen verbrannt. Ueber ganz Wolhynien und Podlissie wurde der Belagerungszustand verhängt. Nach Sonnenuntergang darf kein Einwohner sein Haus verlassen oder ein Licht anzünden. Am Tage ist das Verlassen des Dorfes nur mit besonderer Bewilligung des Strafteilungscommandanten gestattet. Die Strafmethoden, die während der weltbekannten polnischen „Passifizierungsaktion“ im Jahre 1939 in Ostgalizien von den Polen angewandt und vom Völkerbund gebildet wurden, werden jetzt in Wolhynien und Podlissie wiederholt. Die verarmte Abwehr der ukrainischen aufständischen Bauern dauert trotz polnischen Maschinengewehr- und Artilleriefeuers an. Die alten deutschen Kriegesfestungen Wolhyniens und Podlissie zeigen sich noch standhaft und erweisen den ukrainischen Bauern gute Dienste.

Nationalsozialistischer Antrag auf Auflösung des Danziger Volkstages eingereicht.

Danzig. Der nationalsozialistische Antrag auf Auflösung des Danziger Volkstages ist am Donnerstag nachmittags dem Volkstagspräsidenten überreicht worden. Da für diesen Antrag 15 Stimmen notwendig waren, die Nationalsozialisten aber nur über 13 Stimmen verfügten, haben die 7 kommunistischen Abgeordneten den nationalsozialistischen Antrag mit unterzeichnet, sodass der Antrag mit 20 Stimmen gestellt ist. Ueber den Antrag wird in einer der nächsten Sitzungen des Volkstages abgestimmt werden. Ob er angenommen wird, hängt von der Haltung der Sozialdemokraten ab. Die bürgerlichen Parteien werden schon im Hinblick auf die bevorstehenden wichtigen Genfer Entscheidungen betr. die Dänische Frage usw. gegen den nationalsozialistischen Antrag stimmen.

Brief der Reichsregierung an Henderson.

Berlin. Die Reichsregierung hat an den Präsidenten der Abbrüskungskonferenz Henderson ein Schreiben gerichtet, das sich mit der bevorstehenden Bürokratie der Abbrüskungskonferenz befaßt. Das Schreiben dürfte veröffentlicht werden, sobald es im Besitz des Empfängers ist.

Verbot der „Berliner Volkszeitung“ aufgehoben.

Berlin. Der Polizeipräsident hat, wie der Verlag Woffe mitteilt, das Verbot der „Berliner Volkszeitung“ am Donnerstag abend mit sofortiger Wirkung aufgehoben.

Weiteres kommunistisches Zerklebungsmaterial in Berlin beschlagnahmt.

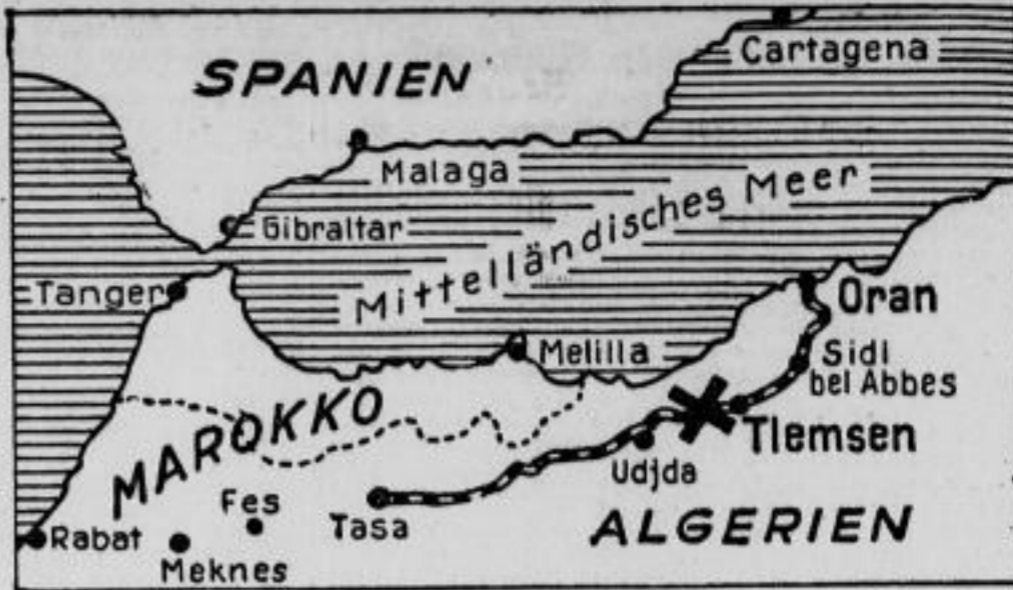
Berlin. In Erwägung der oestrigen Meldung über die Aushebung einer kommunistischen Geheimdruckerei wird noch bekannt, daß es der politischen Polizei gelungen ist, noch weiteres Zerklebungsmaterial an anderen Orten zu finden. Es wurden rund 50 Zentner Zerklebungsschriften hochverätherischen Inhalts beschlagnahmt. Insbesondere wurde aus Material zum Druck für Zerklebungsschriften in der Schutzpolizei und Reichswehr gefunden. Das Material ist so umfangreich, daß die Prüfung mehrere Tage in Anspruch nehmen wird.

Amtsgerichtsrat Rehner befördert.

Berlin. Amtsgerichtsrat Rehner, der seinerzeit den Vorsitz im Klare-Prosech geführt hat, ist zum Landgerichtsdirektor beim Landgericht 3 Berlin ernannt worden.

Sonnabend wieder Kabinettsitzung.

Berlin. Wie wir erfahren, wird das Reichskabinett am Sonnabend wieder insammensetzen, um sich dann mit den Fragen der Kontingentierung und dem Zinsproblem zu beschäftigen.



Die Ursache des Unglücks ist noch nicht festgestellt. Man nimmt zwar allgemein an, daß sie auf eine durch die ausgiebigen Regenfälle hervorgerufene Dammunterspülung zurückzuführen ist, hält aber vorläufig auch einen verbrecherischen Anschlag nicht für ausgeschlossen. Diese Hypothese wird deshalb nicht ohne weiteres von der Hand gewiesen, weil ein Ingenieur der Eisenbahnverwaltung die gleiche Strecke zwischen Tlemcen und Tlemcen noch am Mittwoch vormittag zu Fuß zurückgelegt hatte, um sie in Erwartung des Militärtransportes noch einmal zu überprüfen. Er hat jedoch keinerlei Anzeichen für eine schlechte Beschaffenheit des Eisenbahndammes festgestellt können.

Ob sich auch Deutsche unter den Opfern befinden, ist bisher nicht bekannt. Es ist aber damit zu rechnen, da die Deutschen in der französischen Fremdenlegion stark vertreten sind.

51 Tote identifiziert.

Paris. (Funkpruch.) Wie dasas aus Oran berichtet, beläuft sich die Zahl der Toten des Eisenbahnunglücks, soweit sie identifiziert werden konnten, auf 51, die der Verletzten auf 255. 37 Personen werden noch vermisst. Man befürchtet, daß von den Vermissten niemand mehr lebend geborgen werden kann. Die Unfallsfälle ist im übrigen noch von einem Sandsturm heimgesucht worden.

Sindenburg nimmt an den Reichswehrmanövern teil.

Berlin. An den Manövern der Reichswehr, die vom 20. bis 22. September zwischen Frankfurt-Oder und Fürstberg stattfinden, wird auch der Reichspräsident teilnehmen, für den am 20. und 21. September in Fürstberg Standquartier vorgesehen ist.

Erregte Szenen im Polizei-Untersuchungsausschuß.

Berlin. Zu Beginn der Donnerstag-Verhandlungen im Polizei-Untersuchungsausschuß des Preussischen Landtages kam es gleich wieder zu einem Zusammenstoß zwischen Nationalsozialisten und Sozialdemokraten. Der Abg. Dr. Hamburger (Soz.) wies daraufhin, daß in dem Fall Lymar-Wache, den der Ausschuss bereits behandelt hat, am Mittwoch ein Urteil des Schöffengerichts ergangen sei, das einige Nationalsozialisten zu längeren Gefängnisstrafen verurteilte. Er meinte, es gehöre ein trauriger Mut dazu, einen solchen Fall zu Angriffen gegen die Polizei auszunutzen. Der Nationalsozialist Daluge beantwortete diesen Vorwurf mit dem neuen Vorwurf, Dr. Hamburger mache sich einer taumudistischen Fälschung schuldig, weil es sich bei dem Gerichtsbescheid um den Ueberfall auf einen Reichsbannermann handele, bei dem Fall Lymar-Wache aber um späteres brutales Vorgehen gegen drei unbeteiligte Nationalsozialisten.

Bei der weiteren Zeugenvernehmung wegen des Einschreitens der Polizei am Lagerplatz unter den Linden äußerte der Oberwachmeister Geste, Korvettenkapitän a. D. Woly hätte eigentlich ein Strafmandat bekommen müssen. Er rief durch diese Bemerkung große Empörung bei den Nationalsozialisten hervor. Als Begründung gab Geste an, der Zeuge Woly habe sich ihm gegenüber fälschlich als Beamter ausgegeben. Ebenso groß war die Erregung und der Widerspruch beim Zentrum und bei den Sozialdemokraten, als der Student Dörf erklärte, der Oberwachmeister mache sehr leichtsinnige Angaben. Bald folgte der nächste Zwischenfall, als Geste auf eine Frage erklärte, er habe einen Konflikt mit einem Vorgesetzten gehabt, weil er durch die Unruhen zurückgehalten worden war, die die Nationalsozialisten angestiftet hätten. Diesmal vernahm der Vorsitzende Abg. Schwent (Komm.) den Zeugen sehr ernstlich, solche Äußerungen zu unterlassen.

Die Frage, die den sachlichen Gegenstand der Untersuchung bildet, konnte auch am Donnerstag nicht reiflos geklärt werden. Im allgemeinen stehen sich die Aussagen der Polizeibeamten auf der einen Seite und die der Zivilisten auf der anderen scharf gegenüber.

Im Anschluß an die Vernehmungen kam es noch zu erregten Auseinandersetzungen. Abg. Engel (Nat.-Soz.) rügte das Verhalten des Oberwachmeisters Geste den Abgeordneten gegenüber als „saufred“. Sozialdemokraten und Vertreter des Zentrums wandten sich dagegen, daß die Beamten in dieser Weise angegriffen würden und verlangten scharferes Vorgehen des kommunistischen Vorsitzenden gegen solche Dinge.

In der übernächsten Woche will der Ausschuss seine Arbeiten fortsetzen.

Erhebliche Lohnkürzungen bei den Saargruben.

Saarbrücken. (Funkpruch.) Die Generaldirektion der Saargruben hat durch Anschlag auf den Gruben nunmehr eine neuerliche Lohnherabsetzung verfügt, die zwischen 10 und 15 Prozent schwankt. Die einander Verhandlungen zwischen der Generaldirektion und den Gewerkschaften hatten zu keinem Ergebnis geführt, weshalb nunmehr die französische Grubenverwaltung die Lohnkürzung kurzerhand durch Anschlag in den Gruben angeordnet hat.

Saarbrücken. (Funkpruch.) Der Schiedsgerichtsausschuß des Gewerkschaftsbundes Deutschlands, Bezirk Saar, ortsicht in einer Entscheidung die Erwartung aus, daß die Regierungskommission des Saargebietes mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln die Gewerkschaften in ihrem berechtigten Kampfe für die Freistellung der Feiertage unterstützen werde. Um übrigen macht sich der Schiedsgerichtsausschuß den Standpunkt der an den Lohnverhandlungen unmittelbar beteiligten Gewerkschaften zu eigen, daß der von der Direktion der Grubenverwaltung durch Anschlag verfügte Lohnabbau untragbar sei.

Er fordert die gesamte Belegschaft auf, in Ruhe und Besonnenheit die weiteren Schritte der Tarifgewerkschaften abzuwarten.

Der B...
abgeordnete...
männlicher...
Deutsche Ba...
überpartei...
Reichspräsi...
die Führun...
Deshalb for...
dieser Poli...
gründliche...
hinter das...
unterstütz...
einstimmig...
bloß aus...
von Wähler...
listen und...
warte mit...
liche Aufst...
die partei...
der große...
den Kampf...

Beleidig...
Berl...
Landgericht...
Eppert un...
zu veramt...
präsident...
Dr. Bernh...
Jur...
im Angrif...
Häger von...
Namen des...
set festge...
richtig sei...
Als eu...
ident Gra...
der Artife...
lungen des...
gemeinlich...
diese Beha...
Spreklich...
und Film...
läßt wor...
Gier...
Er werden...
gemorfene...
erschritten...
der schwer...
können. W...
genang...
schiller u...
Die L...

des S...
Berl...
Reichsta...
Nede im...
richtet, ab...
der Wirt...
und dem...
stattgeur...
raunnen...
die Unfl...
gegenüber...
Bankier...
gramm d...
hat. Es...
mit Jaso...

* Be...
eine pra...
regierung...
ist der...
geben...
nehmen...
zeit ist...
Die...
noch von...
Marine...
aber die...
Ergebnis...
zu mache...

3u...
vda...
l. Ramn...
des Lan...
Former...
Jahren...
Schießer...
sozialisti...
Sturmlo...
munkiten...
Schüsse...
Die Sam...
aufgebot...
trotz die...
lasteten...
klagen...

3u...
* B...
Schwan...
Stadtbe...
Ratbau...
übrigen...
treten...
lösten...
teilt, it...
in Bb...
amien...
Welch...
worden...
wacht...

Ein K...
Da...
Schau...
ein M...
Verwa...